

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

15. August 2012

**Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 121 Abs. 3-6 BV über die Ausschaffung krimineller Ausländerinnen und Ausländer)**

**Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP verdankt die sorgfältigen Arbeiten von Arbeitsgruppe und Bundesrat und unterstützt die vorgeschlagene Variante 1, welche sowohl den neuen Verfassungsbestimmungen, wie auch den bestehenden Verfassungsgrundsätzen und Menschenrechtsgarantien so weit wie möglich Rechnung trägt.

**1. Grundsätzliche Bemerkungen zur Umsetzung einer Volksinitiative**

Die EVP ist der Ansicht, dass eine von Volk und Ständen angenommene Verfassungsänderung grundsätzlich möglichst exakt umzusetzen ist. Den Grundgedanken einer angenommenen Initiative ist zwingend Rechnung zu tragen. Ohne einen gewissen Spielraum für Bundesrat und Parlament geht es allerdings nicht. Die Behörden müssen dafür sorgen, dass nicht andere – ebenfalls von Volksmehrheiten gutgeheissene – Verfassungsartikel zu kurz kommen. Auch im Ringen, wie eine Initiative umgesetzt werden soll, braucht es ein Geben und Nehmen.

Die SVP hat alles erreicht mit der Ausschaffungsinitiative. Asyl- und Ausländerrecht sind auf ihr Betreiben hin bereits deutlich verschärft worden und werden mit der Umsetzung dieser vom Volk angenommenen Initiative noch restriktiver. Was die SVP nun mit der Lancierung der Durchsetzungsinitiative veranstaltet, bevor die Vernehmlassungsfrist zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative überhaupt abgelaufen ist, geschweige die Vorlage vom Parlament behandelt werden konnte, ist pure Zwängerei und einer Demokratie unwürdig. Die exakt gleichen Kreise, welche bei der Zweitwohnungsinitiative auf eine laxer Umsetzung drängen und entsprechende Vorstösse eingereicht haben, beharren im Fall der Ausschaffungsinitiative auf einer wortwörtlichen Umsetzung, obwohl diese erhebliche Kollisionen mit anderen Verfassungsgrundsätzen oder Menschenrechtsgarantien mit sich bringt. Das Volk hat

offensichtlich vor allem dann recht, wenn es die eigene Meinung teilt. Mit diesem konsensunfähigen Verhalten ist die EVP nicht einverstanden.

## **2. Entscheid bezüglich der vorgeschlagenen Umsetzungsvarianten**

### **2.1. Vom Bundesrat favorisierte Variante 1**

Variante 1 orientiert sich an der von der Mehrheit der Arbeitsgruppe vertretenen Auslegung der neuen Verfassungsbestimmungen. Sie berücksichtigt die Entstehungsgeschichte und den Zweck der neuen Bestimmungen und sieht eine im Vergleich zum geltenden Aus- und Wegweisungsregime deutlich strengere Praxis bei der Ausschaffung krimineller Ausländerinnen und Ausländer vor. In Abweichung des vom Verfassungstextes postulierten „Ausweisungsautomatismus“ wird jedoch eine Regelung vorgeschlagen, welche den verfassungsrechtlichen Grundprinzipien und den völkerrechtlichen Menschenrechtsgarantien bis zu einem gewissen Grad Rechnung trägt. Konkret bedeutet dies, dass in der Regel eine Mindeststrafe von 6 Monaten vorausgesetzt wird, um das Verhältnismässigkeitsprinzip einigermaßen zu wahren. Zweitens müssen die Gerichte bei allen Ausweisungsentscheiden eine Einzelfallprüfung vornehmen. Schliesslich kann die Wegweisung in der Vollzugsphase vorübergehend aufgeschoben werden, wenn es das zwingende Völkerrecht (Non-Refoulement-Gebot) oder die rein praktische Unmöglichkeit (beispielsweise aufgrund fehlender Papiere) gebieten.

### **2.2. Vom Initiativkomitee eingebrachte Variante 2**

Variante 2 haben die Vertreter des Initiativkomitees in die vom EJPD eingesetzte Arbeitsgruppe eingebracht. Sie verzichtet auf die fallweise Prüfung der Verhältnismässigkeit und setzt stattdessen auf den bekannten „Ausweisungsautomatismus“. Auf diese Weise nimmt sie Widersprüche mit fundamentalen rechtsstaatlichen Grundsätzen und mit dem Völkerrecht bewusst in Kauf. Im Bestreben die in der Verfassung erwähnten „Gewaltdelikte“ möglichst vollständig als Ausweisungsgrund zu erfassen, enthält der vorgeschlagene Deliktskatalog auch leichtere Verbrechen und Vergehen, die im Extremfall und in leichten Fällen mit nur einem Tagessatz Geldstrafe geahndet werden können. Entsprechend wird die konkrete Schwere einer Straftat nicht berücksichtigt und die Landesverweisung muss unabhängig von der im Einzelfall verhängten Strafe angeordnet werden. Als Vollzugshindernis kann einzig das Non-Refoulement-Gebot geprüft werden.

### **2.3. Fazit**

Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit staatlicher Massnahmen durchzieht als Leitgedanke die gesamte Verfassungs- und Rechtsordnung. Er ist durch die Bundesverfassung ausdrücklich in Art. 5 Abs. 2 als „Grundsatz rechtsstaatlichen Handelns“ und in Art. 36 Abs. 3 als eine der Voraussetzungen der „Einschränkung von Grundrechten“ gewährleistet. Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit ist damit ein Grundprinzip, das in allen Gebieten des öffentlichen Rechts massgebend ist. Es geht aus Sicht der EVP nicht an, in einem einzelnen Gebiet der Gesetzgebung von diesem Grundsatz abzuweichen. Aufgrund der vorstehenden Ausführungen sowie den Erwägungen im erläuternden Bericht des Bundesrates, insbesondere der Kapitel 1.2 (Grundsätze zur Auslegung von neuen Verfassungsbestimmungen) und 1.6 (Bewertung der vorgeschlagenen Varianten) bevorzugt die EVP klar Variante 1 und lehnt Variante 2 ab.

## **3. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen von Variante 1**

### **3.1. Würdigung der vorgeschlagenen Bestimmungen**

Die EVP erachtet insbesondere die folgenden Bestimmungen der Umsetzungsvariante 1 als gut und angemessen:

- Die **Ansiedlung im Strafgesetzbuch** hat den Vorteil, dass im selben Strafverfahren sowohl der Schuldspruch als auch der Entscheid über die Landesverweisung gefällt wird.
- Der **Deliktatalog** wird dem Verfassungstext gerecht. Die EVP begrüsst die Erweiterung um schwere Vermögensdelikte ausdrücklich.
- Die **Mindeststrafe** von 6 Monaten, welche in der Regel als Voraussetzung für eine Landesverweisung vorgesehen ist, entspricht dem Gebot der Verhältnismässigkeit, ohne die Grundanliegen der Initiative zu verletzen.
- Die **Kompetenzaufteilung** zwischen Gerichten und vollziehenden Behörden berücksichtigt deren unterschiedlichen Möglichkeiten und Aufgaben.
- Die **Beschränkung auf inländische Strafurteile** erscheint der EVP eine Selbstverständlichkeit.
- Die **Strafbestimmungen** bei Missachtung einer Landesverweisung erachtet die EVP als angemessen.

### 3.2. Kein neuer Straftatbestand für den missbräuchlichen Bezug von Sozialleistungen


Die EVP lehnt eine neue Straftatbestimmung bezüglich des missbräuchlichen Bezugs von Leistungen einer Sozialversicherung oder der Sozialhilfe (Art. 148a VE-StGB) als unnötig ab. Sie erachtet den Tatbestand des Betrugs (Art. 146 StGB) sowie die Bestimmungen des Sozialversicherungsrechts des Bundes und der kantonalen Sozialhilfegesetze als ausreichend. Auch wenn es sich beim missbräuchlichen Bezug von Sozialleistungen keineswegs um ein Kavaliersdelikt handelt, dürfte eine Landesverweisung in den wenigsten Fällen verhältnismässig sein. Ferner löst diese das Problem nicht, da einige Sozialleistungen unabhängig von einem Wohnsitz in der Schweiz ausgerichtet werden. Schliesslich kann die EVP in der gewählten Formulierung das im erläuternden Bericht erwähnte Erfordernis einer vorsätzlichen Irreführung nicht erkennen. Entsprechend genügt es, wenn in Art. 66a Abs. 1 Bst. c der zweite Satzteil gestrichen wird:

- c. **Betrug (Art. 146 Abs. 1) im Bereich einer Sozialversicherung oder der Sozialhilfe,**  
~~missbräuchlicher Bezug von Leistungen einer Sozialversicherung oder der Sozialhilfe (Art. 148a~~  
~~Abs. 1);~~

Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**



Parteipräsident  
Heiner Studer



Generalsekretär  
Joel Blunier